

5 mit einer Kapazität von 25.000 Megawatt zu installieren.

Ebenso ist der Ausbau der Aquakultur weit vorangeschritten. Würden in den 70er Jahren nur wenige Prozent der Meeresfrüchte und Fische in Aquakulturen gezüchtet, so trägt dieser Sektor heute mit mehr als 65 Millionen Tonnen zu rund 45 Prozent der Nahrungsmittelproduktion bei Fisch und Meeresfrüchten bei. Noch immer konzentriert sich zwar ein Großteil der Produktion auf die Teichwirtschaft im Binnenland, aber dieser am stärksten wachsende Sektor in der Nahrungsmittelproduktion verleiht sich mit all seinen bekannten Problemen Küstenabschnitt für Küstenabschnitt ein und gestaltet sie um.

#### Der Sprung in die Hohe See

Die Hohe See ist der nächste logische Schritt der Entwicklung. Die technologischen Anforderungen nehmen mit dem Vorstoß in diese weitgehend unbekanntes Welten zu, genauso wie die Risiken. Unfälle wie die Ölkatastrophe auf der »Deepwater Horizon« sind ein deutlicher Hinweis darauf. In solchen Momenten wird sichtbar, was sich sonst weit entfernt von der öffentlichen Wahrnehmung tagtäglich draußen auf See ereignet. Bedingt durch extreme Umweltbedingungen, neue Techniken, unzureichende Regulierungs- und Kontrollverfahren, sind die Gefahrenquellen vielschichtig.

Der Meeresumweltschutz kann bei diesem Rennen nicht mithalten. Nicht einmal zwei Prozent der Meeresflächen sind bislang unter Naturschutz gestellt. An Land sind es gut zwölf Prozent. Die Grenzen und Preise der an Land zur Verfügung stehenden Ressourcen bestimmen die Dynamik auf den Ozeanen. Im Vordergrund stehen die mit den Ressourcenkrisen wachsenden Konkurrenzen um die Rohstoffquellen. Die steigenden Konsumansprüche, neue Märkte in den Schwellenländern und die offensichtliche Endlichkeit natürlicher Ressourcen treiben die Industriegesellschaften aufs Meer hinaus. »Peak Oil« soll mit den Offshore-Feldern hinausgezögert werden. Die Förderung von Erzen aus der Tiefsee wird trotz aller technischen Hindernisse aufgrund der hohen Weltmarktpreise attraktiv. Und mit den Produkten aus der Aquakultur können zusätzliche Gewinne im Fischgeschäft erzielt und befürchtete Einbußen in Folge der Überfischung hinausgezögert werden. Es werden Fakten geschaffen, die den Spielraum für den Meeresschutz drastisch beschneiden. Die in UNCLOS formulierte Verpflichtung, die Konsequenzen menschlicher Eingriffe in die Ozeane ökosystemar zu betrachten, wird nur in seltenen Fällen erfüllt.

Ein Beispiel für diese Dynamik sind die unterseeischen Raucher. Nachdem der erste Raucher 1976 entdeckt wurde, wurden diese in allen Ozeanen gesucht und gefunden. Die Raucher sind Ökosysteme, deren Basis die Chemosynthese ist und die belebt sind mit einer Vielzahl nie zuvor gesehener Arten. Manche betrachten die Raucher gar als mögliche Ursprungsor-

te des Lebens auf der Erde. Auf der anderen Seite waschen diese heißen Quellen wertvolle Erze wie Kupfer, Gold, Silber und Zink aus dem Boden der Tiefsee, die sich in ihrem Umfeld ablagern und sie zu höchst interessanten Fördergebieten machen. »Nautilus Minerals«, ein von kanadischen, südafrikanischen und russischen Investoren gehaltenes Unternehmen, wird mit einigen Verzögerungen 2013 in der AWZ Papua-Neuguineas voraussichtlich die erste Förderung in einem Gebiet mit erkalteten Rauchern starten. Bereits 2009 hielt das Unternehmen Explorationslizenzen für ganze 521.000 Quadratkilometer. Um ökosystemare Analysen der bevorstehenden Eingriffe vornehmen zu können, ist bisher jedoch weder die Ökologie der Schwarzen Raucher hinreichend erforscht, noch die der Tiefsee allgemein.

Obwohl die Erschließung der AWZs Vorrang besitzt, sammeln sich mittlerweile bei der »Internationalen Meeresbodenbehörde« die Anträge zur Förderung von Ressourcen aus der »Area«. Trotz aller Auflagen für Aktivitäten in dem von der Behörde auf Basis von UNCLOS kontrollierten Gebiet laufen verschiedene Projekte an. In Kauf genommen werden dabei sogar der in der Konvention vorgeschriebene Wissenstransfer, die Abtretung erkundeter Gebiete oder Geldzahlungen zugunsten der Allgemeinheit und speziell der Entwicklungsländer im Ausgleich für die Nutzung der Ressourcen. Punkte, deren Ausformulierung für harte Nachverhandlungen sorgte und die Ratifizierung der Konvention 12 Jahre verzögerte. Jetzt wird 30 Jahre nach dem ersten Versuchsprojekt wieder die Förderung von Manganknollen aus der Tiefsee ins Auge gefasst. Neben mehreren Industrie- und Schwellenländern, dazu zählt auch Deutschland, sichern sich einzelne Konzerne mit Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Meeresbodenbehörde die hierzu notwendigen Lizenzrechte für die internationalen Fördergebiete.

#### Wachsende Spannungen

Im Zuge dieser Entwicklungen eskaliert seit 2010 die Kontroverse zwischen Argentinien und Großbritannien um die Falkland-Inseln von Neuem. Nicht kalte, windige Schafweiden sind der Auslöser, sondern Erdölvorkommen im Seegebiet der Inselgruppe. Auf der Nordhalbkugel sind es Russland und die anderen Anrainerstaaten der Arktis, die mit zunehmendem Schmelzen des Eisschildes versuchen, ihren Anteil an nun zugänglich werdenden Lagerstätten zu sichern. In Asien sind es gleich eine ganze Reihe von Konfliktherden, deren Ausgangspunkt am Meeresboden vermutete Rohstofflagerstätten sind. Die Volksrepublik China streitet mit harten Bandagen und Flottenpräsenz im südchinesischen Meer mit Vietnam, Taiwan, Brunei, Malaysia und den Philippinen um die Spratly-Inseln. Noch auf dem kleinsten Felsen, der aus dem Meer ragt, werden dort geradezu skurrile Militärbasen errichtet, um die jeweiligen Besitzansprüche zu demonstrieren. Japan und Südkorea führen einen ganz ähnlichen Streit um ein paar winzige

6 Eilande, die Liancourt-Felsen mitten im Japanischen Meer. Mit ihrem Gezerre um die Senkaku-Inselgruppe haben Japan und China der Weltöffentlichkeit in der ersten Jahreshälfte 2012 diese Form der Konfrontation deutlich vor Augen geführt. Die US-Regierung nutzte die Situation um Kampfgruppen der Navy in die Region zu entsenden und ihre politischen Interessen als Seemacht in Südostasien zu demonstrieren.

Gelingt es einer der Konfliktparteien, die umstrittenen Inseln mit der dazu gehörigen AWZ dauerhaft in Besitz zu nehmen, kann diese Partei über die jeweiligen Lagerstätten im Umkreis verfügen. Der eigentlich zur Schlichtung solcher Streitfälle mit der Seerechtskonvention eingerichtete Internationale Seegerichtshof wird dabei trotz wachsender Spannungen kaum in Anspruch genommen. Präzedenzfälle sollen augenscheinlich vermieden werden. Auch die letzten kolonialen Überbleibsel auf See erhalten in diesem Zusammenhang einen neuen Charakter. Durch seine als »Überseegebiete« bezeichneten Territorien außerhalb Europas steigert beispielsweise Frankreich seine AWZ-Fläche von europäisch-kontinentalen 334.604 auf weltweit mehr als elf Millionen Quadratkilometer.

In der Konsequenz wirken sich die geschilderten Entwicklungen nicht nur auf die Meeresumwelt aus und bestimmen die ökonomischen Konkurrenzen um deren Ressourcen. Mit dem sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnis zum Meer werden auch die damit verknüpften sozialen Beziehun-

gen neu gestaltet. Dreiviertel aller Megastädte und die Wohnorte fast der Hälfte der Weltbevölkerung liegen in den Küstenregionen. Die Privatisierung und Industrialisierung der küstennahen Meere verändern auf die unterschiedlichste Weise die dortigen Lebensbedingungen.

Zwar fordert schon UNCLOS eine Berücksichtigung traditioneller Nutzungen bei neuen Eingriffen in das Meer. Aber ohne ausreichenden politischen Druck wird das Seerechtsübereinkommen unwirksam bleiben. Angesichts der Dynamik, mit der die Erschließung der Meere vorstatten geht, und der aktuellen Dominanz ökonomischer Argumentationen gilt es, so schnell wie möglich politische Initiativen einzuleiten, die Transparenz und Partizipation für alle Betroffenen einfordern. Es ist dringend zu klären, welches gesellschaftliche Verhältnis zum Meer wir künftig wollen - und das Ergebnis dieses Klärungsprozesses wird auf lange Sicht den weitaus größten Teil unseres Planeten prägen.

#### Anmerkungen:

1: Nähere Informationen zum Vertragswerk finden Sie auf der Webseite des Vereins.

Weitere Informationen zum Thema sind zu finden auf der Webseite [www.fair-oceans.info](http://www.fair-oceans.info)

Ausgabe  
Erscheinungsdatum: Dezember 2012  
Auflagenhöhe: 5.000 Exemplare  
Rohstoff: Recyclingpapier

Nachbestellungen können per E-Mail an den Verein gerichtet werden.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V. (IntKom)  
Bernhardstraße 12  
28203 Bremen  
Tel: 0421 - 72034  
[fair-oceans@gmx.de](mailto:fair-oceans@gmx.de)

Rechte  
V.i.S.d.P.: Kai Kaschinski  
Das Copyright liegt bei den AutorInnen.

Das Projekt  
»Das Meer, die letzte Kolonie?« des Vereins IntKom und seines Arbeitsschwerpunktes »Fair Oceans« wird gefördert mit Mitteln von »Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst«, aus der Lotterie »BINGO« durch den »Senator für Umwelt, Bau und Verkehr« und umgesetzt mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

Diese Informationszeitung ist ein Plädoyer dafür, die entwicklungs- und umweltpolitische Dimensionen der Meerespolitik zusammenzuführen.



## fair oceans perspektiven



# Die UN-Seerechtskonvention Das Meer zwischen Gemeingut und Globalisierung

Die Meere verändern ihr Gesicht. Mit den ständig ausgeweiteten Nutzungen der Meere entsteht eine Insel terrestrischer Zivilisation nach der anderen in der blauen Welt. Die Globalisierung durchpflügt mit ihren Containerschiffen nicht mehr nur die Oberfläche der See, sie nimmt von ihr Besitz. Neue Technologien verschieben die Grenzen menschlicher Okkupation immer weiter und tiefer in die Meere hinein.

#### Das Meer ist ein Gemeingut

Der Wettlauf um die Ressourcen der Meere scheint ungehemmt, dabei verfügt die Weltgemeinschaft an sich über ein umfangreiches und international anerkanntes Regelwerk. Sein Kern ist die UN-Seerechtskonvention (»United Nations Convention on the Law of the Sea« - UNCLOS), die am 10.12.2012 30 Jahre alt geworden ist (1). Das bis heute von 164 Staaten ratifizierte Übereinkommen regelt im Grundsatz die Nutzung der Meeresressourcen, den Seeverkehr, die Fischereirechte, den Meeresumweltschutz, die Hoheitsgrenzen auf See und vieles andere mehr. Mit dem Vertragswerk wurden ein Internationaler Seegerichtshof in Hamburg, eine Behörde zur Vergabe

der Meeresbodenschätze auf Jamaika sowie in New York eine Kommission zur Festlegung der Grenzen des Festlandssockel und eine UN-Abteilung für Seerecht eingerichtet.

In zähem, Jahrzehnte dauernden Ringen unter den Vorzeichen von Fischereikonflikten, Blockkonfrontation, erwachender Umweltbewegung und Dekolonisierung waren bei UNCLOS-Unterzeichnung 1982 unter anderem Fragen gerechter Verteilung und Umweltstandards als integrale Bestandteile des Übereinkommens festgeschrieben worden. Das Meer wurde zum »gemeinsamen Erbe der Menschheit« erklärt, zu einem Gemeingut. Dennoch ist die Seerechtskonvention auch Ausdruck verschiedener Kompromisse.

Zwar sind die eigentlichen Hoheitsgebiete der Staaten auf zwölf Seemeilen begrenzt. Aber UNCLOS hat die »Ausschließlichen Wirtschaftszonen« (AWZ) eingeführt, in denen die Ressourcen am Meeresboden als auch in der Wassersäule den jeweiligen Küstenstaaten bis zu 200 Seemeilen weit zur privilegierten Nutzung überlassen sind. Wenn der Festlandssockel vor der Küste über 200 Seemeilen hinaus reicht, können die



## POSITIONEN ZU UNCLOS

Aus entwicklungspolitischer Perspektive sollte es darum gehen UNCLOS zu reformieren und fortzuschreiben, ohne dabei den Kern der Konvention neu zu verhandeln.

Die Grundidee der Konvention von den Meeren als einem gemeinsamen Erbe der Menschheit, einem Gemeingut, ist heute aktueller denn je. Dennoch muss die Konvention auf die Entwicklungen der letzten Jahre angemessene Antworten finden. Eine Privatisierung der Meere durch langfristige Lizenzvergaben und den Ausschluss von Nutzungen, die der Ernährungs- und Subsistenzsicherung dienen, kann nicht die Lösung sein. Vielmehr müssen die Staaten ihren Kontrollpflichten nachkommen und die in UNCLOS festgeschriebenen Vorgaben konsequent umsetzen.

Die Erschließung der Meere darf nicht als ein Wettrennen betrachtet werden. Zunächst gilt es sich die Zeit zu nehmen, nicht die gleichen Fehler wie an Land zu begehen.

Sinnvoll wäre die Einrichtung einer weiteren internationalen Behörde auf Basis von UNCLOS ein, einer Behörde für die Hohe See, die die Fischerei und die globalen Umweltauswirkungen jenseits der AWZs überwacht.

Ein Bedarf besteht ferner für zusätzliche Durchführungsübereinkommen unter UNCLOS zur  
**A) Einrichtung von Meeresschutzgebieten in einem Umfang von mindestens 20 Prozent bis 2015 bei Berücksichtigung aller Verschmutzungen von Land, Wasser und Luft und der Partizipation aller betroffenen Interessengruppen, insbesondere der Kleinfischerei und zur**  
**B) Kontrolle der Offshore-Projekte in den AWZs, die eine Gefährdung der sozialen und ökonomischen Grundlagen der Küstengemeinden und ihrer Ernährungssicherheit verhindert sowie eine partizipative und kohärente Abstimmung der Projekte sicherstellt.**

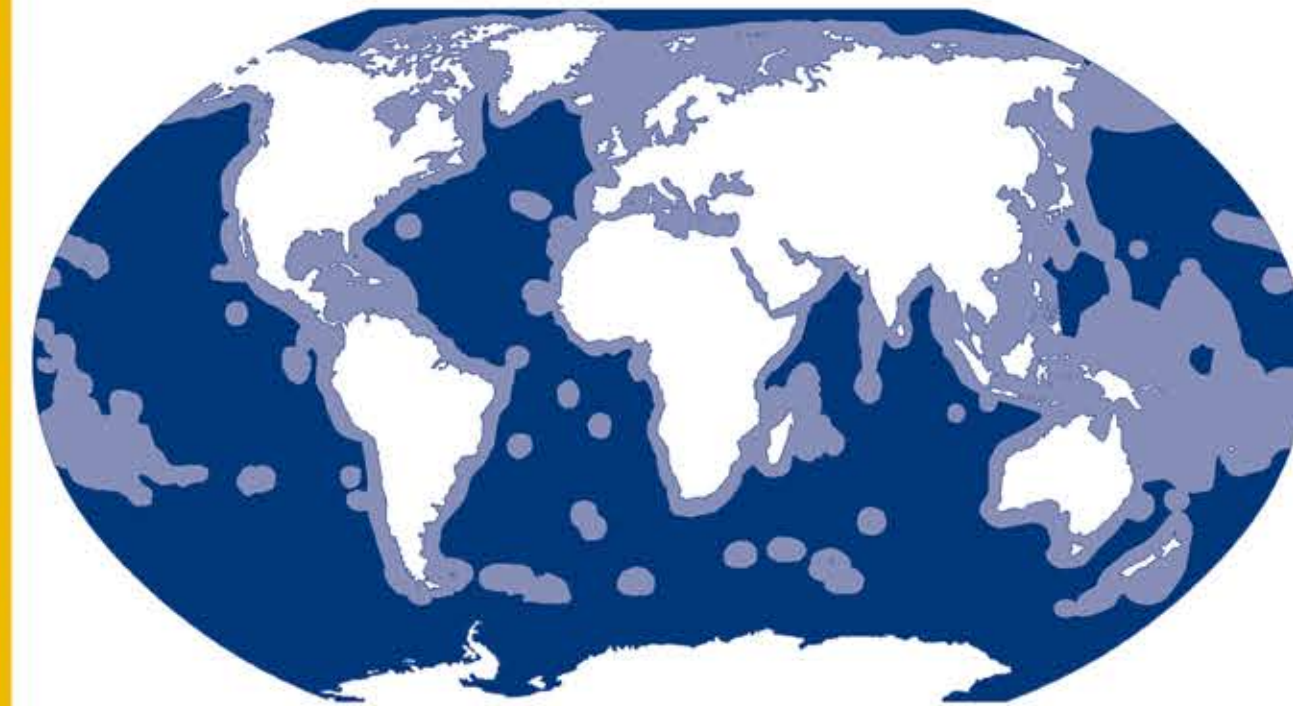
**2** Nutzungsrechte der Einzelstaaten gar bis zu 350 Seemeilen hinaus aufs Meer reichen. Diese umfassen dann aber nur die mineralischen Ressourcen des Meeresbodens, wobei der betreffende Staat Sonderzahlungen oder Sachleistungen in Höhe von bis zu 7 Prozent an die Internationale Meeresbodenbehörde zu erbringen hat. Trotz des prinzipiellen Erfolgs derer, die das »gemeinsame Erbe« festgeschrieben sehen wollten, hat mit diesen Festlegungen so etwas wie eine Teilnationalisierung der Meere im Küstenbereich stattgefunden.

### Ein Drittel der Meere ist schon nationalisiert

Aktuell sind die AWZ, die ca. 35 Prozent der gesamten Meeresfläche umfassen, und die mit ihnen verknüpfte nationale Verfügungsgewalt über die küstennahen Bereiche eine wichtige Voraussetzung für die voranschreitende Industrialisierung der Meere. Mittels staatlicher Lizenzvergabe wird hier die privatwirtschaftliche Nutzung mariner und maritimer Ressourcen ermöglicht. Die mit dem Gemeingut erworbenen Reichtümer können von Investoren abgeschöpft werden. In den Wirtschaftszonen herrschen somit grundsätzlich bessere Ausgangsbedingungen für Privatinvestoren als auf der Hohen See,

die zum einen von der UN-Meeresbodenbehörde und den regionalen Fischereiorganisationen verwaltet wird und zum anderen als Gemeingut dort bisher nur genutzt, aber nicht besser werden kann. Auf der Hohen See gilt bis heute der im 17. Jahrhundert formulierte Grundsatz von der »Freiheit der Meere«, so dass sie von allen befahren und befischt werden kann. Die Staaten haben dort nach UNCLOS lediglich eine Aufsichtspflicht über die Fahrzeuge unter ihrer Flagge, die den Umweltschutz und den Status des Meeres als Gemeingut zu berücksichtigen hat. Kaum verwunderlich ist es deshalb, dass Schätzungen nach mehr als 100 Grenzstreitigkeiten um den genauen Verlauf der AWZ-Grenzen bestehen. Über 60 Anträge auf Erweiterung der national kontrollierten Fördergebiete wurden bereits bei der Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels eingereicht.

Ein Interesse, das mit dem Boom der Offshore-Projekte kontinuierlich zunimmt. In diesem Spannungsfeld nehmen die Bestrebungen zu, den Status der Meere als ein Gemeingut generell in Frage zu stellen. Schwächen und Leerstellen der Seerechtskonvention, die seit Ende der Vertragsverhandlungen unvermeidlich zutage getreten sind, werden so von verschiedener Seite als grundlegendes Scheitern des Gemein-



■ HOHE SEE ■ AUSSCHLIESSLICHE WIRTSCHAFTSZONEN

**3** gut-Konzepts interpretiert - statt daraus, wie eigentlich sinnvoll, die Notwendigkeit einvernehmlicher und zukunftsgerichteter Reformschritte abzuleiten. Nach 30 Jahren steht somit der Grundgedanke der Seerechtskonvention zur Disposition. Nicht eine mangelnde Umsetzung der Konvention durch die Vertragsstaaten oder fehlende Kontrollen werden aus dieser Sicht bemängelt, stattdessen wird die so genannte Tragik der Gemeingüter aufgebauscht: UNCLOS wird als Hindernis und unwirksame Reglementierung dargestellt. Tatsächlich könnte die Konvention jedoch gerade in der aktuellen Phase der globalen Konkurrenz um die Schätze der Meere eine hervorragende Ausgangsbasis für einen nachhaltigen Schutz der Meere sein.

### Die neue »frontier«

Die Ozeane sind so etwas wie der Wilde Westen der Gegenwart: Es ist eine moderne Form der Landnahme, die auf den historischen Erfahrungen der Neulandgewinnung und der Kolonisation aufbaut. Nur dass anstelle von Planwagen autonome Roboter und Forschungsschiffe zum Einsatz kommen. Und es werden keine Forts errichtet, sondern Offshore-Anlagen. Entdeckung, Kolonisation und Industrialisierung erfolgen

fast zeitgleich. Entwicklungsschritte, die sich an Land über Jahrhunderte hinzogen, geschehen auf See in einem Bruchteil dieser Zeit. Extensive Nutzung verwandelt sich in einen umfassenden, intensiven Zugriff auf das Meer. Aus der Kleinfischerei mit Netzen wird Aquakultur in künstlichen Zuchtfarmen mit gentechnisch veränderten Fischen, die in Fabriken hergestelltes Futter und Medikamente erhalten. Ein neuer Wirtschaftsraum wird hier gestaltet und in das komplexe Geflecht gesellschaftlicher Interessen integriert. Seine Ressourcen werden verwertbar gemacht und den Produktionsprozessen zugeführt. Küstenökosysteme und Schelfgebiete werden kultiviert. Die Ökologie der Meere verändert sich, Arten sterben aus, andere werden eingeführt. Für das Klima, die Fischbestände und den Hochwasserschutz bedeutende Küstenökosysteme wie die Mangroven oder Seegrasswiesen werden weltweit Tourismuszentren, der Aquakultur oder Hafenanlagen geopfert.

Bereits 1985 veröffentlichte Elisabeth Mann Borgese eine Studie für den "Club of Rome". Unter dem deutschen Titel "Die Zukunft der Weltmeere" herausgebracht, findet sich dort eine Utopie, die die schon damals weltweit und überdeutlich zutage tretenden Problematiken der Ernährungssicherheit, der

## fair oceans perspektiven ■ ■ ■ dezember 2012 ■ ■ ■

**4** Ressourcen- und Energieknappheit mittels der Nutzbarmachung der Meere lösen sollte. Die Utopie von Mann Borgese schloss an die 1982 verabschiedete (und von ihr maßgeblich mit beeinflusste) UN-Seerechtskonvention an und zielte auf die zitierte Selbstverpflichtung der Unterzeichner die Weltmeere als »gemeinsames Erbe der Menschheit« zu behandeln.

Der aktuelle Prozess ist dagegen mehr eine Reaktion auf Krisen der Globalisierung. Die grenzüberschreitende Suche nach Nachschub für eine globalisierte Wirtschaft und ihren enorm gewachsenen Rohstoffhunger drängt die Idee, gemeinsame Lösungen für das gemeinsame Erbe zu finden, ins Abseits. Wissenschaft, Wirtschaft und Politik entwerfen Zukunftsszenarien und werben dafür, die Chancen, die uns die Meere bieten, zu ergreifen. Eine Flut politischer Strategien wie das »Blaue Buch« der EU und der »Entwicklungsplan Meer«, das entsprechende Gegenstück der Bundesregierung, die »Global Partnership for Oceans« der Weltbank oder die »Executive Order 13547 - Stewardship of the Ocean, Our Coasts, and the Great Lakes« des Weißen Hauses spiegeln dies in den vergangenen Jahren wider.

### Die Industrialisierung der Küstengewässer

Bisher verläuft die zentrale Frontlinie dieses weltumspannenden Zivilisationsprojekts noch im Wesentlichen in den Küstengewässern. Sie sind der zivilisatorische Brückenkopf, das Versuchsgelände, auf dem Erfahrungen gesammelt und maritime Nutzungen erprobt werden. Im Vergleich zur Weite der Ozeane sind die Verbindungen zum Land hier nur kurz, das Meer in der Regel flach und der natürliche Reichtum der Meere somit wesentlich leichter zugänglich.

Im »Nationalen Masterplan Maritime Technologien« zitiert das »Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie« (BMWi) Prognosen, die für 2013 allein im Bereich der Offshore-Öl- und -Gasförderung ein weltweites Investitionsvolumen in Höhe von 380 Milliarden Euro erwarten. Um die Investitionen im zweitwichtigsten Segment maritimer Technologie, der Offshore-Windenergie, zu beziffern, greift das Ministerium auf eine Studie der »Europäischen Windenergievereinigung« zurück. Darin werden für die nächsten 20 Jahre Ausgaben zwischen 300 und 400 Milliarden Euro für Windenergie auf See angesetzt. Allein die Bundesregierung plant, bis 2030 Anlagen



■ WASSERSÄULE ■ MEERESBODEN